

G20 in Hamburg

Gipfel des Terrors

Warum der liberale Staat beim Hamburger G20 versagen musste

Von **Josef Joffe**

12. Juli 2017

AUS DER ZEIT NR. 29/2017 [[http://www.zeit.de/2017/29?](http://www.zeit.de/2017/29?wt_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.wall_abo.premium.packshot.cover.zei&utm_medium=fix&utm_source=zeitde_zonpme_int&utm_campaign=wall_abo&utm_content=premium_packshot_cover_zei)http://www.zeit.de/2017/29?wt_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.wall_abo.premium.packshot.cover.zei&utm_medium=fix&utm_source=zeitde_zonpme_int&utm_campaign=wall_abo&utm_content=premium_packshot_cover_zei

Die Gewaltorgie der "Autonomen" ist nur das jüngste Kapitel. Wenn die Großen sich in einer Großstadt treffen, sei's zum G7 oder G20, gilt die Einladung auch denen, die mit Umwelt und Drittwelt-Armut so viel im Sinn haben, wie Killerwale Mitgefühl für ihre Speisefische aufbringen. Was haben geplünderte Geschäfte und brennende Autos mit der verhassten Globalisierung zu tun?

Wir nennen sie "Linksextremisten", passender wäre "Terroristen". Die Ideologie ist Gewalt an sich, die "Propaganda der Tat". Der neue Terrorismus, der heimische wie der islamistische, hinterlässt weder Manifeste noch Rechtfertigungen. Die Gewalt ist das Ziel, die Verwüstung das Motiv, die Machtdemonstration der Kick – garniert mit auswendig gelernten Phrasen.

Auf unheimliche Weise haben sich die Hiesigen die Taktiken des islamistischen Terrors im Städtekampf angeeignet, bloß ohne Sturmgewehr und Sprengstoffgürtel. Agieren die Dschihadisten aus der Bevölkerung heraus – in Konzerthallen oder auf Weihnachtsmärkten –, verstecken sich die "Autonomen" hinter friedlichen Demonstranten. Die sind Schutz und Schild, weil die Staatsmacht keinesfalls Unschuldige angreifen darf.

JOSEF JOFFE

ist Herausgeber der ZEIT.

Geradezu zynisch doziert Andreas Blechschmidt, der Organisator von "Welcome to Hell": "Wer sich den [G20-Gipfel](http://www.zeit.de/thema/g-20-gipfel) [<http://www.zeit.de/thema/g-20-gipfel>] in die Stadt holt, muss damit rechnen, dass etwas passiert." Und säuselt: Es wundere ihn nicht,

"dass die Polizei die Lage nicht im Griff hat". Der Zünder als Biedermann. Dass die 20.000 Polizisten es nicht schaffen würden, war Sinn einer Strategie, wie sie Mao predigte: Die Guerilla müsse in der Bevölkerung "wie Fische im Wasser schwimmen".

Dass die Polizei ihr überlegenes Potenzial nicht nutzen kann, ist vorbestimmt in einem liberalen Staat, wo die Verfassung der Exekutive zu Recht kurze Zügel anlegt. Das gilt selbst im Krieg, wo Anwälte hinter den Zielerfassern sitzen. Weiter weg passen die freien Medien auf. Jetzt beginnt die juristische Nacharbeit. Wie aber persönliche Schuld beweisen, wenn Maskierte die Molotowcocktails werfen und mit tödlichen Stahlkugeln schießen?

Mit Merkel im Rücken wollte Hamburgs Regierungschef den Ruhm seiner Stadt mehren. Bekommen hat Scholz den falschen – Hamburg als Chaos-City, wo der liberale Staat die Kontrolle verlieren musste. Wie die Chinesen auf dem G20 in Hangzhou 2016 können Demokraten nicht handeln. Ein Drittel der Neun-Millionen-Stadt musste die Stadt verlassen, die Straßen blieben menschenleer. Menschenrechtler wurden sistiert; die Presse berichtete regimetreu. Wollen wir nur noch in Diktaturen tagen?



[\[https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2017/29\]](https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2017/29)

Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 29/2017. Hier können Sie die gesamte Ausgabe lesen.

[\[https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2017/29\]](https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2017/29)

Es wäre nicht Feigheit, sondern Klugheit, solche Gipfel aus den Städten zu verbannen: auf eine Insel wie Sizilien (wo unlängst der G7-Gipfel in Taormina stattfand) oder auf ein einfach zu sicherndes Kreuzfahrtschiff. Demonstrationen sind das Elixier der Demokratie. Doch inmitten einer Großstadt schaffen 20 Regierungschefs nebst Tross und TV eine unwiderstehliche Versuchung für gut trainierte, taktisch flexiblere Täter. Das Problem ist die Bühne, nicht die Überforderung der Büttel. "Hamburg" ist schon berühmt – als Stadt, die weltweit für eine bestecklose Heißmahlzeit steht. 130 Millionen an Steuergeld plus Entschädigung für die Opfer der gewollten Gemeinheit sind ein zu hoher Preis.